Green Deal

Wissenschaftler geben Empfehlungen

[24.06.2020] Die Leopoldina, die acatech und die Union der deutschen Akademien der Wissenschaften geben neue Empfehlungen für die Erreichung der Klimaziele 2030.

Mit dem European Green Deal hat die Europäische Union sich das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu wirtschaften. Ein wichtiger Baustein ist eine Energiewende, die weg von der Nutzung fossiler Energieträger und hin zur Gewinnung und Nutzung erneuerbarer Energien führt. Hierfür empfehlen die Wissenschaftsakademien Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina, die acatech? Deutsche Akademie der Technikwissenschaften und die Union der deutschen Akademien der Wissenschaften so genannte No-regret-Maßnahmen, die Einführung eines sektorenübergreifenden CO2-Preises inklusive Mindestpreis sowie einen umfassenden Infrastrukturumbau. Mit ihrer am 22. Juni 2020 erschienenen Ad-hoc-Stellungnahme „Energiewende 2030: Europas Weg zur Klimaneutralität“ legen die Akademien eine Handreichung für den deutschen EU-Ratsvorsitz ab 1. Juli 2020 vor.
Die Autoren betrachten die Herausforderungen der Klimaschutzpolitik vor dem Hintergrund der aktuell durch die Corona-Pandemie verursachten Krise. Um deren Folgen zu bewältigen, müssen Finanzmittel mobilisiert werden. Technologieoffenheit sei grundsätzlich wünschenswert, solle aber nicht dazu führen, dass notwendige Investitionen aus einer abwartenden Haltung heraus verzögert werden. Einige Technologien betrachten die Forscher als unverzichtbar, um die Klimaziele 2030 und 2050 zu erreichen. Zu solchen No-regret-Maßnahmen zählen sie den Ausbau von Windkraft und Photovoltaik, Netzausbau sowie den Ausbau von Elektromobilität und Wärmepumpentechnologie. Wasserstoff werde als erster Grundstoff in der Kette von elektrischer Energie zu stofflichen Energieträgern eine wesentliche Rolle einnehmen.
Regulatorische Maßnahmen in Form von Anreizsystemen trügen dazu bei, die Transformation möglichst kosteneffizient zu gestalten. Wenn Europa zeige, dass eine umfassende Transformation des Energiesystems gelingen kann, ohne die Volkswirtschaft zu überfordern, könne das auch für Drittländer ein wichtiger Impuls für eine klimafreundliche Politik und den Umbau zu neuen Energiesystemen sein, heißt es in der Stellungnahme. Die Autoren sehen einen sektorenübergreifenden, EU-weit einheitlichen CO2-Preis als Leitinstrument für den Klimaschutz – auch und gerade in Zeiten von Corona. Im Zuge der durch die Corona-Krise ausgelösten Rezession sei zu befürchten, dass die Unsicherheiten über die langfristige Preisentwicklung anstiegen. Ein wirksamer CO2-Mindestpreis sei daher mehr denn je notwendig, um Planungssicherheit zu schaffen und dauerhafte Anreize für nachhaltige Klimaschutzinvestitionen zu setzen. Es sei wichtig, perspektivisch in allen Sektoren die Treibhausgase zu bepreisen – am besten durch eine Ausweitung des europäischen Emissionshandels. Zudem sei eine enge Koordination notwendig, damit ein einheitliches europäisches Energiesystem entstehen kann. Wichtig sei dabei die richtige Balance zwischen den erforderlichen Weichenstellungen für die Infrastrukturentwicklung und offenen, marktwirtschaftlichen Ansätzen. Zudem sollte bedacht werden, dass auch in Zukunft Energie nach Europa importiert werden wird.

(ur)

Stichwörter: Politik, CO2-Preis, Green Deal